

## Die arm gemachten Länder des Südens oder BGE als Projekt globaler Umverteilung

Seit langem ist bekannt, dass der Reichtum auf der Welt höchst ungerecht verteilt ist. Obwohl noch niemals so viel Reichtum existierte wie heute, gab es auch noch nie so viele arme und hungernde Menschen. Dabei wird seit Jahrzehnten Entwicklungshilfe gezahlt, es gab für die ärmsten Länder Schuldenerlasse und pausenlos finden Gespräche und Verhandlungen über wirtschaftliche Zusammenarbeit statt. Trotzdem verringert sich die Ungleichheit nicht, sondern wird größer. 1982 stellte mit Mexiko erstmals in der jüngsten Geschichte ein Land seine Schuldenzahlungen wegen Zahlungsunfähigkeit ein. Dem war ein etwa zehnjähriger Prozess vorausgegangen, in dem auf den internationalen Kreditmärkten dramatische Veränderungen stattgefunden hatten. In der ersten Hälfte der 70er-Jahre hatte sich vor allem bei privaten Vermögensbesitzern sehr viel Geld angesammelt. Der Schah von Persien etwa wollte 1974 eine hohe Summe bei Krupp investieren und hatte Mühe, sein Geld loszuwerden. Schließlich konnte er zweimal 300 Mio. Ecu unterbringen, etwa 1 ¼ Mrd. DM. Damit war das wirklich dringende und drängende Problem offenbar: Wohin mit dem vielen Geld der großen Vermögensbesitzerinnen?

Die damals gefundenen Antworten gehen in zwei Richtungen und prägen bis heute die Struktur der Weltwirtschaft. Einmal wurde die Funktion der Finanzmärkte systematisch ausgeweitet und so die Grundlage der vielen Krisen gelegt (sie „Krise“). Zweitens wurde die Kreditvergabe vor allem an die Länder des Südens erheblich ausgeweitet. Die waren größtenteils erst ganz frisch unabhängig geworden und planten oft große Entwicklungsprojekte. Wegen des vielen anlagesuchenden Kapitals waren die Zinsen niedrig. Obwohl bereits der zweite Weltwirtschaftsgipfel 1976 davor warnte, dass die hohe Verschuldung der Entwicklungsländer ein Problem werden könnte, ging die Kreditvergabe munter weiter.

Ende des Jahrzehnts erhöhte die US-Zentralbank die Zinsen drastisch, zu Beginn der 80er nach Amtsantritt von Präsident Reagan stiegen sie zeitweise auf über 20 Prozent. Das überforderte fast alle Länder des Südens und führte zu Mexikos Pleite. Für eine solche Situation gab es keine Regeln. Innerstaatlich gibt es das Insolvenzrecht, das dazu führt, dass für Privatleute wie für Unternehmen nach Abzahlung dessen, was geleistet werden kann, ein neuer Anfang möglich ist. International bestimmten die Gläubiger allein und die hatten gar kein Interesse an neuen Anfängen. Im Gegenteil, für die Bank ist es gar nicht günstig, wenn eine Schuldnerin ihren Kredit zurückzahlt. Da muss sie nur eine andere suchen, die das Geld erneut leiht. Einfacher ist es, wenn die bisherige Schuldnerin immer weiter Zinsen zahlt; die Tilgung ist dann nicht mehr bedeutsam.

Genau auf diesen Ablauf hat sich das internationale Schuldenmanagement nach und nach eingestellt. Wer nicht mehr zahlen kann, bekommt neue Kredite, um die alten abzulösen. Dafür muss das Land dann bestimmte politische Maßnahmen zusagen. Diese Verhandlungen waren lange als Strukturanpassung bekannt, heute tragen sie andere Namen, sind in der Sache aber gleichgeblieben. Es geht darum, dass die Gläubigerinnen bestimmen, in welcher Form die Schuldnerinnen zukünftig ihren Reichtum produzieren sollen. Da geht es dann nicht mehr, dass beispielsweise schwarze Bohnen und Maniok als Grundnahrungsmittel für die lokale Bevölkerung angebaut werden. Die bringen keine Geld, schon gar keine Devisen. Es müssen Produkte für den Weltmarkt her, etwa Erdbeeren, Tomaten und Paprika für den nordamerikanischen oder europäischen Markt im Winter. Da das nur in Bewässerungslandwirtschaft möglich ist, kann man dem Land auch gleich noch einen weiteren Großkredit für den notwendigen Staudammbau aufdrücken. Die dort lebenden Menschen müssen weichen und vergrößern die Zahl der Einkommenslosen in den Städten. All das passiert beispielsweise im Nordosten Brasiliens in dieser Zeit in großem Umfang.

Hier schließt sich der Kreis zum Thema Grundeinkommen. Auf dem Land hatten die Menschen zwar meist auch kein Geld, aber sie produzierten ihre eigenen Lebensmittel und das sicherte ihnen ein bescheidenes Auskommen. In der Stadt sind sie auf den Markteinkauf angewiesen. Arbeitsplätze für sie gibt es nicht, die Regierungen haben weder Geld für Sozial- noch für Arbeitsplatzbeschaffungsprogramme, weil sie ja Schulden bezahlen müssen. Für alle Entwicklungsländer zusammen haben sich diese seit der mexikanischen Staatspleite 1982 ungefähr

vervierfacht, obwohl sie in absoluter Summe bereits mehrfach zurückzahlt worden sind. Seit Jahrzehnten fließt mehr Geld aus den meisten arm gemachten Ländern des Südens in den reichen Norden als umgekehrt.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen muss aus vielen Gründen ein globales Projekt sein. Einer der wichtigsten ist die internationale Gerechtigkeit. Aber auch ökonomisch kann keine Stabilität in die Weltwirtschaft einkehren, wenn sie dauerhaft einseitig zu Lasten der Schwächsten geht. Ein Mindesteinkommen gegen den Hunger (basic food income – siehe Tafeln 8 Sozialgeldtransfers und 12 Ernährungssouveränität), umfassender Schuldenerlass für die arm gemachten Länder und zumindest eine deutliche Begrenzung des Freihandels (siehe Tafel 7) müssten erste Schritte in einem weltweiten Grundeinkommensprogramm sein. Seine Finanzierung aus internationalen Steuern würden die richtige Richtung zeigen. Sowohl eine Finanztransaktionssteuer wie eine Flugbenzinabgabe sind verschiedentlich dafür vorgeschlagen worden.

Mehr Informationen:

[www.erlassjahr.de](http://www.erlassjahr.de)

Webseite des deutschen Zweigs der internationalen Kampagne

<http://sjep.revues.org/>

Schweizer Jahrbuch für Entwicklungspolitik mit umfangreichen Einzeluntersuchungen